

**SP Schweiz: Resolution der Geschäftsleitung
am 26. Oktober 2013 verabschiedet von der Delegiertenversammlung in Baden**

Ein soziales Europa oder ein Austeritätseuropa – das ist die Wahl

Die soziale und wirtschaftliche Krise in Europa hat ein erschreckendes Ausmass angenommen. Dennoch halten viele konservative Regierungen an ihrer aggressiven Sparpolitik fest. Deren verheerende Folgen werden auch in der Schweiz immer spürbarer. Umso wichtiger ist es, dass wir uns an den sozialen Kämpfen beteiligen, die sich der neoliberalen Politik entgegenstellen.

Ein Element dieses solidarischen Engagements bilden die Wahlen zum Europäischen Parlament. Am 22. bis 25. Mai 2014 werden in Europa die politischen Weichen neu gestellt. Dann wird sich entscheiden, ob wir weiterhin ein Austeritäts- und Wettbewerbseuropa haben oder ob wir endlich einem sozialen und solidarischen Europa einen Schritt näher kommen.

Denn das neue Europäische Parlament hat mehr Kompetenzen, als bekannt ist: Ohne seine Zustimmung gibt es kein EU-Budget, keine EU-Gesetze (Richtlinien und Verordnungen) und namentlich keinen Präsidenten der Europäischen Kommission. Dieser bekleidet im Politischen System der EU eine Schlüsselfunktion. Die Rolle des Europäischen Parlamentes bei der Wahl des Kommissionspräsidenten wurde mit dem Lissabon-Vertrag nochmals gestärkt. Alle grossen europäischen Parteien treten deshalb mit Spitzenkandidaten an. Wer im Mai 2014 am meisten Stimmen macht, wird neuer Kommissionspräsident bzw. Kommissionspräsidentin.

Auch die Sozialdemokratische Partei Europas SPE hat einen Prozess eingeleitet, der zur Nomination eines einzigen Spitzenkandidaten führt. Dieser soll neuer Kommissionspräsident werden. Die SP Schweiz ist eingeladen, sich an der Nomination dieses Spitzenkandidaten zu beteiligen. Wir haben daran alles Interesse. Aussichtsreichster Kandidat ist der aktuelle Präsident des Europäischen Parlaments, Martin Schulz. Er hat eine hohe Glaubwürdigkeit im Kampf gegen das Austeritäts- und Wettbewerbseuropa und für mehr und ein besseres Europa: eine demokratische, soziale und solidarische EU. Er verdient die klare Unterstützung auch der SP Schweiz.

Denn es ist für die Schweiz nicht gleichgültig, ob sie von einem Austeritätseuropa oder von einem sozialen Europa umgeben ist. Schon heute sind über 60 Prozent aller Bundesgesetze direkt durch europäisches Gesetz beeinflusst oder bilden dieses gar eins zu eins ab. Mit den neuen institutionellen Vorkehrungen, die der Bundesrat mit der EU aushandeln will, wird sich dies noch verstärken. Umso mehr ist es ein wichtiges Ziel der SP Schweiz, auf die Wahlen zum Europäischen Parlament vom Mai 2014 Einfluss zu nehmen. In der Schweiz leben über 1.7 Millionen EU-Bürger und -Bürgerinnen. Von diesen sind weit über 1.3 Millionen wahlberechtigt. Das ist mehr als in manchem EU-Mitgliedstaat.

Die Delegiertenversammlung der SP Schweiz ruft deshalb die Parteileitung der SP Schweiz, die Kantonalparteien und die lokalen Sektionen auf:

1. Identifiziert und mobilisiert die zahlreichen SP-Mitglieder und Sympatisierenden mit doppelter Staatsbürgerschaft, damit sie an den Wahlen zum Europäischen Parlament teilnehmen und ihre Stimme für ein soziales Europa abgeben.
2. Nehmt mit den Schweizer Sektionen der europäischen Schwesterparteien und mit Kulturvereinen aus EU-Staaten Kontakt auf, um mit ihnen zusammen die in der Schweiz lebende Diaspora für die Wahlen zum Europäischen Parlament zu mobilisieren.
3. Fördert die Mitgliedschaft bei den SP MigrantInnen, welche die Diaspora für mehr politische Mitwirkung und mehr soziale Gerechtigkeit bei uns und in den Herkunftsländern mobilisiert.
4. Unterstützt das Wahlmanifest der SP Europa und des Europäischen Gewerkschaftsbundes, die sich beide unmissverständlich für die Schaffung eines sozialen Europa aussprechen.